

## Trump-Leute verachten die Europäer

Das Zerwürfnis zwischen den USA und Europa reicht viel tiefer als gedacht. Das bestätigt eine unfreiwillige Enthüllung.

Von Floo Weißmann

**Washington** – In Europa war klar, dass die zweite Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident eine Herausforderung bedeutet. Doch es kam noch schlimmer: In der neuen US-Regierung herrscht tiefe Abneigung gegen die Europäer. Als Beleg dafür dient das Protokoll eines internen Chats, an dem führende Mitglieder der Trump-Administration beteiligt waren.

### „Trittbrettfahrerei“

Inhaltlich ging es um Luftangriffe auf die Houthi-Miliz im Jemen, die Handelsschiffe im Roten Meer bedroht. Niemand Geringerer als Vizepräsident JD Vance schrieb: „Ich hasse es einfach, den Europäern wieder aus der Patsche zu helfen.“ Daraufhin antwortete Verteidigungsminister Pete Hegseth: „Ich teile deine Abscheu gegenüber der europäischen Trittbrettfahrerei. Es ist erbärmlich.“

Bekannt wurden diese Zeilen, weil offenbar aus Versehen auch der Chefredakteur des Magazins *The Atlantic*, Jeffrey Goldberg, zu dem Chat eingeladen worden war. Als die darin besprochenen Angriffe auf die Houthis tatsächlich stattfanden, war er sicher, dass er keiner Fälschung aufgesessen war, und veröffentlichte das Protokoll.

In Washington sorgte primär die Sicherheitspanne für einen Skandal: Die Regierung diskutiert gleichsam weltöffentlich ihre Angriffspläne – von militärischen Details bis zum politischen Marketing –, sorglos und garniert mit Flammen-Emojis. Außerhalb der USA hallt die Beschimpfung der Europäer nach.

Der Präsident selbst war nicht beteiligt, aber er legte noch eins drauf. Von Journalisten auf den Chat angesprochen, bekräftigte er, die Europäer würden „schmarotzen“.

Die Angriffe auf den Jemen passen in dieses Bild, weil laut Vance nur drei Prozent des US-Handels durch das Rote Meer und den Suezkanal laufen, aber 40 Prozent des europäischen Handels. Die US-Regierung übersieht dabei unter anderem, dass auch europäische Kriegsschiffe die Handelswege schützen.

Bisher hatten die Europäer aus Trumps Vorwürfen die Lehre gezogen, dass sie selbst einen größeren Beitrag zur NATO leisten und beim Handel einen Deal aushandeln müssen. Doch der Chat unterstreicht, dass es nicht allein um die Lastenteilung geht. Dahinter stehen unterschiedliche Weltbilder.

Vance sagte auf Fox News, die Europäer würden „zivilisatorischen Selbstmord“ begehen. Passend zur antiliberalen Haltung der neuen US-Regierung berichtete der *Economist*, dass sich die amerikanischen und die russische Rechte annähern.

### „Europa untergraben“

Die Europäer hatten erwartet, dass die USA sich unter Trump aus Europa zurückziehen würden. Jetzt stehen sie vor einem größeren Problem: In den Beziehungen herrsche „bestenfalls eine gleichgültige Geringschätzung“, zitierte die *New York Times* Nathalie Tocci, Direktorin des Instituts für internationale Beziehungen in Rom. „Schlimmstenfalls, und das liegt näher, gibt es einen aktiven Versuch, Europa zu untergraben.“



Trumps Truppe: links der Präsident selbst, daneben sein Vize JD Vance und Verteidigungsminister Pete Hegseth.



In Istanbul gehen tagtäglich Tausende Menschen auf die Straße. Die Polizei geht mit exzessiver Gewalt gegen die Demonstranten vor.

Foto: AFP/Akgul

## „Glaube an Demokratie in der Türkei ist noch nicht erloschen“

Präsident Erdogan räumt seine politischen Gegner aus dem Weg. Experte Cengiz Günay sieht aber dessen Rückhalt in der Bevölkerung schwinden.

**Istanbul, Wien** – Die Proteste in der Türkei gegen die Inhaftierung des populären Oppositionspolitikers Ekrem Imamoglu reißen nicht ab. In Istanbul, Ankara und anderen Städten gehen weiterhin Tausende auf die Straße, obwohl ein Demonstrationsverbot verhängt wurde. Imamoglu wurde wegen Korruptions- und Terrorvorwürfen festgenommen und als Bürgermeister von Istanbul abgesetzt.

Mit der Inhaftierung und Absetzung des Istanbul-Bürgermeisters Ekrem Imamoglu von der oppositionellen sozialdemokratischen CHP räumte Präsident Recep Tayyip Erdogan seinen größten politischen Konkurrenten aus dem Weg. Eine neue Qualität im zunehmend autoritären System in der Türkei?

**Cengiz Günay:** Präsident Erdogan hat in der Türkei ein immer autoritärer werdendes Herrschaftssystem etabliert. Wir haben bisher von einem so genannten kompetitiv-autoritären Regime gesprochen. Die Regierung kontrolliert alle Institutionen wie auch die Justiz, unterdrückt kritische Medien, drangsaliert die Opposition und organisiert um sich herum ein Unternehmertum. Aber: Es gibt eine Opposition. Und es gibt Wahlen. Diese sind zwar nicht fair – so werden etwa Oppositionskandidaten behindert –, aber sie sind weitgehend frei von Manipulation. Das scheint mit den neuen Entwicklungen nun aber Geschichte zu sein. Die Türkei geht in Richtung Autokratie nun einen Schritt weiter. Mit dem Kaltstellen des größten poli-



Foto: oip

Die Proteste sind nach 23 Jahren eines immer autoritärer werdenden Systems bewundernswert.“

Cengiz Günay (Türkei-Experte)

tischen Rivalen mit Hilfe ganz offensichtlich fadenscheiniger Argumente verabschiedet sich das System Erdogan vom Anspruch, durch Wahlen legitimiert zu sein.

Warum setzt Erdogan gerade jetzt einen so drastischen Schritt?

**Günay:** Er kämpft offensichtlich um sein politisches Überleben. Er hat die öffentliche Meinung nicht mehr hinter sich und würde bei Wahlen gegen Imamoglu nach aktuellen Umfragen ganz klar verlieren. So sah er sich gezwungen, seinen größten politischen Rivalen auch im Hinblick auf die kommende Präsidentschaftswahl 2028 einfach aus dem Weg zu räumen. Dabei schreckt er vor nichts mehr zurück. So wurde die Verhaftung Imamoglus und anderer Oppositioneller mit Hundertschaften von Polizisten groß inszeniert. Und die Sicherheitskräfte setzen bei der Niederschlagung der Proteste gezielt auf eine Eskalation der Gewalt, um diese dann

der Opposition in die Schuhe zu schieben. Es entsteht ein Klima der Angst. Jeder, der einen kritischen Tweet über die Verhaftung Imamoglus gepostet hat, muss nun selbst mit Verhaftung rechnen. Und Erdogan nimmt mit seiner autoritären Politik auch bewusst enorme wirtschaftliche Kollateralschäden in Kauf. So ist die türkische Lira abgestürzt und auch die Börsen in der Türkei sind eingebrochen.

Und trotzdem: Hunderttausende gehen in der Türkei auf die Straße, um gegen die Inhaftierung Imamoglus und gegen Präsident Erdogan und sein Herrschaftssystem zu protestieren. Ist Erdogan möglicherweise zu weit gegangen oder ist er sich sicher, die Proteste bald wieder in den Griff zu bekommen?

**Günay:** Das Ausmaß der Proteste ist wirklich bewundernswert. Auch nach 23 Jahren, in denen das Herrschaftssystem in der Türkei unter Erdogan immer autoritärer wurde, ist der Glaube an Demokratie im Land immer noch nicht erloschen. Es ist ein sehr starkes Zeichen, dass rund 15 Millionen Türken ihre Stimme für eine Präsidentschaftskandidatur Imamoglus abgegeben haben. Erdogan ist es bisher nicht gelungen, die Oppo-

sition zu zerschlagen. Nun will er sie auslöschen. Doch besonders die jungen Menschen begehren auf. Viele von ihnen haben das Gefühl, nichts mehr verlieren zu können. Kurzfristig werden die Proteste wohl keinen Erfolg haben. Längerfristig hängt alles vom langen Atem der Zivilgesellschaft und der Einigkeit der Opposition ab. Die türkische Oppositionspartei CHP hat die Menschen dazu aufgerufen, mutmaßlich regierungsnahe Unternehmen und Medienkonzerne zu boykottieren. Das könnte durchaus Folgen haben, wenn die städtische Mittelschicht dazu mitmachen sollte.

Die Proteste aus dem Ausland halten sich in Grenzen, aus den USA kommen sogar Unterstützungserklärungen. Hat Erdogan ein geopolitisches Momentum ausgenutzt?

**Günay:** Es gibt nur wenige Reaktionen aus dem Ausland. Aus den USA kommt sogar – ganz im Gegensatz zur Vorgängerregierung – Unterstützung. Der US-Sondergesandte Steve Witkoff lobte Erdogan und Trump-Intimus Musk sperrte auf X die Accounts türkischer Oppositioneller. Die EU ist zu schwach und unfähig, eine Rolle zu spielen. Einerseits baut sie in der Migrationspolitik auf die Türkei als Partner und andererseits soll die Türkei als geopolitischer Machtfaktor eine wichtige Rolle in der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur spielen und wird entsprechend umgarnt.

### Zur Person

**Cengiz Günay** ist Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für internationale Entwicklung sowie dem Institut für Orientalistik an der Universität Wien.

Das Interview führte Christian Jentsch